

Stellungnahme des Bundesvorstandes zur aktuellen Situation im Irak und zur deutschen Debatte

Der brutale Vormarsch der ISIS in Syrien und vor allem im Irak hat eine humanitäre Katastrophe und eine weitere Bedrohung für die Region ausgelöst.

Wir verurteilen das grausame Vorgehen der ISIS und die Gräueltaten an Jesiden, Christen und Andersgläubigen, aufs Schärfste. Die humanitäre Not muss gelindert und ISIS gestoppt werden.

Angesichts der humanitären Krise halten wir die begrenzten Militärschläge der USA, die unmittelbar dem Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten dienen, für notwendig. Klar ist aber auch: Die Krise in der Region ist nicht allein militärisch, sondern letztlich nur politisch zu lösen. Nur ein Dreiklang aus einer politisch-diplomatischen Lösung für den Irak, militärischem Schutz und humanitärer Hilfe kann die Lage verbessern.

Dazu muss auch die Bundesrepublik ihren Beitrag leisten.

- 1) Angesichts der dramatischen humanitären Lage braucht es jetzt eine humanitäre Offensive zur Versorgung der mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge im Nordirak. Dabei muss Deutschland eine führende Rolle einnehmen. Die Hilfslieferungen der Bundesregierung sind dabei nur ein erster Schritt. Weitere Schritte müssen folgen. Dazu müssen auch längerfristige Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge vor Ort gehören, von denen viele wohl auf absehbare Zeit nicht mehr in ihre Ursprungsorte werden zurückkehren können. Innerhalb der EU brauchen wir dringend mehr Absprache und Koordination bei der humanitären Hilfe, um die nationalen und EU- Maßnahmen systematisch zu bündeln. Deutschland muss sich schließlich verstärkt für ein europäisches Programm zur Versorgung und Aufnahme irakischer Flüchtlinge einsetzen. Dazu muss Deutschland auch bereit sein, kurzfristig ein größeres Kontingent von Flüchtlingen aufzunehmen.
- 2) Als Beitrag zu einer politischen Lösung fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass es dem designierten irakischen Premierminister Haider al-Abadi gelingt, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt einbindet, damit der ISIS der Nährboden in der sunnitischen Bevölkerung entzogen wird. Die Bundesregierung sollte zu diesem Zweck die Initiative ergreifen und sich für die Einrichtung (bzw. Wiederbelebung) einer internationalen Irak-Kontaktgruppe einsetzen.
- 3) Darüber hinaus muss die Staatengemeinschaft die Finanzierungswege der ISIS austrocknen. Dazu gehört, Ölgeschäfte der ISIS zu unterbinden und diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Saudi-Arabien und Qatar auszuüben, die finanzielle und logistische Unterstützung von ISIS zu beenden. Waffenexporte an diese Staaten müssen gestoppt werden. Die Türkei muss aktiv werden, um den Nachschub von Kämpfern und Waffen über die türkisch-syrische Grenze zu unterbinden.
- 4) Wir halten es für richtig, dass die Bundesregierung bereit ist, die kurdischen Truppen mit nicht-letaler militärischer Ausrüstung, wie Schutzwesten und Helmen, auszustatten. Wie alle Parteien im Deutschen Bundestag diskutieren wir darüber hinaus, inwiefern Waffenlieferungen, wie die Panzerabwehrraketen „Milan“ aus Deutschland an die kurdischen Peschmerga sinnvoll sind. Diese Debatte haben wir noch nicht abgeschlossen.

Die eine Position lässt sich zuspitzen auf: "Waffenlieferungen drohen die Region langfristig weiter zu destabilisieren. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass die Waffen in die falschen Hände geraten und die Konflikte dadurch noch blutiger werden. Gerade im Irak und auch in Libyen hat sich das leider schon mehrfach auf dramatische Weise erwiesen. Deshalb sind wir Grüne grundsätzlich gegen Waffenexporte in Krisengebiete. Wenn die Bundesregierung jetzt im Irak das Gegenteil tut, schafft sie einen gefährlichen Präzedenzfall. Denn die Waffenlieferungen in Konfliktgebiete sind mit den Grundsätzen der Rüstungsexportpolitik nicht vereinbar. Damit drohen die letzten Schranken für deutsche Rüstungsexporte in alle Welt wegzubrechen."

Die andere Position lässt sich zuspitzen: „Die menschenfeindliche Ideologie und die unfassbaren Gräueltaten der ISIS stellen einem Zivilisationsbruch dar. Mit ISIS selbst kann man nicht verhandeln, sie muss auch militärisch bekämpft werden. Die USA, Frankreich und Großbritannien unterstützen die kurdischen Truppen dabei, die dazu derzeit als einzige in der Lage sind. Deutschland darf da nicht an der Seitenlinie stehen, wenn es konkrete Waffensysteme, wie die Milan-Panzerabwehrraketen gibt, welche die kurdischen Truppen benötigen und bedienen können. Die Lieferungen aus Bundeswehrbeständen ist rechtlich möglich und von den Rüstungsexportrichtlinien gedeckt.“

5) Es ist gut, dass die Bundesregierung sich auf Forderung von Bündnis 90/ Die Grünen entschlossen hat, diese Debatte im Bundestag, und damit vor der deutschen Öffentlichkeit, zu führen. Unabhängig von der rechtlichen Beurteilung ist die Bundesregierung gut beraten, sich bei einer so schwerwiegenden Entscheidung der Rückendeckung des Bundestages zu versichern.

Im Bundestagswahlprogramm 2013 treten wir für eine stärkere parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten ein. Dort heißt es: "Das Parlament und die Öffentlichkeit sollen umgehend über die getroffenen Entscheidungen informiert werden. Zudem wollen wir ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte, insbesondere Exporte in Drittländer, ein aufschiebendes Veto einlegen kann."